

# Auer Lagerblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere neuen...  
Preis für den Abnehmer...  
Einschubpreis...  
Einschubpreis...  
Einschubpreis...

Bezugspreis: Durch unsere neuen...  
Preis für den Abnehmer...  
Einschubpreis...  
Einschubpreis...  
Einschubpreis...

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 261 Mittwoch, den 8. November 1922 17. Jahrgang

### Der neue Landtag.

Der kritisch veranlagte Mann wird in dieser Lebensphase vielleicht einen inneren Widerspruch feststellen, denn der „neue“ Landtag unterscheidet sich insofern nur wenig von dem alten, als der Bestehende der Parteien, mit nur zwei Veränderungen, der alte geliebte ist. Und doch hat die Bezeichnung „der neue Landtag“ eine Berechtigung, denn innerhalb der Fraktionen sind manche nicht unwesentliche Veränderungen zu verzeichnen.

Das Zentrum hat durch Ausscheiden des Abg. Heßlein seine Vertretung im Landtag verloren.

Bei den Demokraten kehren die Minister a. D. Dr. Seyfert und Dr. Reinhold, sowie Ministerialdirektor Dr. Lehne nebst dem Leipziger Oberlehrer Claus und dem Großschweidnitzer Pfarrer Behrmann zurück, neu erscheinen: einer der ältesten sächsischen Parlamentarier Kaufmann Oscar Günther-Blauen i. B., der das letzte Mal nicht gewählt worden war, der Dresdner Syndikus Prof. Dr. Kastner und der Annaberger Rechtsanwalt Dr. Weigel.

Von der Deutschen Volkspartei ist ein reichliches Drittel der bisherigen Fraktion erneuert worden. U. a. kehrt Dr. Fritz Kaiser, der früher bereits dem Landtag angehört hat, zurück, neben ihn treten der frühere Syndikus der Dresdner Handelskammer Dr. Schmeider, Kaufmann Bed.-Herrnhut, Dipl.-Ing. Bippe und Prof. Giamann-Weipzig. Die Abg. Donath, Mindwisch, Noack, Drechsler und Kresschmar sind nicht wiedergewählt worden.

Ungefähr ebenso groß sind die Veränderungen in der Deutschen Nationalen Fraktion. Dort sind, neben dem bisherigen Vizepräsidenten Dr. Wagner und dem Leipziger Theologen Prof. Dr. Rendtorff, die bisherigen Abg. Grellmann, Pießsch, Fritz Focke und Friedrich ausgeschieden; neu eingetreten sind Sanitätsrat Dr. Kresschmar-Dresden, Reichsgerichtsrat Gündel-Weipzig, Prof. Siegert-Chemnitz und Kaufmann Kaula-Zwickau.

In der Sozialdemokratischen Fraktion sind folgende Veränderungen zu verzeichnen: Der bisherige Präsident Abg. Frähdorf ist nicht wieder gewählt worden. Seine Ruhe und Besonnenheit, seine rasche Entschlußkraft auch kritischen Situationen gegenüber, seine auf parlamentarischer Erfahrung beruhende Sicherheit in der Geschäftsführung sind Eigenschaften, die an ihm von Angehörigen aller Parteien hochgeschätzt werden. Sein Nachfolger auf dem Präsidentenstuhl wird kein leichtes Erbe anzutreten haben. Auch der Dresdner Bürgermeister Nitzsche kehrt nicht wieder zurück. Die übrigen nicht wiedergewählten Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion gehörten erst kürzere Zeit dem Landtag an. Wiedergewählt worden sind unter anderem die Minister Heilich und Heide, der bisherige Fraktionsvorsitzende Wirth und Regierungsoberkommissar Castan. Neu treten mit in den Landtag ein: Justizminister Dr. Seigner und die Dresdner Volkszeitungsredakteure Edel und Dr. Sachs.

Bei den Kommunisten sind drei Mitglieder ausgeschieden, neu eingetreten Redakteur Wittcher und Gewerkschaftsangehöriger Lieberach aus Leipzig und Werkzeugmacher Berg aus Chemnitz.

Man sieht, der neue Landtag wird, trotz der geringen zahlenmäßigen Verschiebung, ein wesentlich anderes Gesicht zeigen, als der bisherige. Welche Auswirkungen sich daraus für die Zusammensetzung der Regierung ergeben, die laut Artikel 28 Absatz 3 der Verfassung nach jeder Neuwahl neu zu bilden ist, wird zunächst abzuwarten sein. Der Zusammentritt des Landtages muß, nach Artikel 8 Absatz 2 der Verfassung spätestens am 30. Tage nach dem Wahltage erfolgen, also spätestens am 5. Dezember, mittags 12 Uhr, falls er vom Gesamtministerium bis dahin nicht einberufen worden ist. Das Kabinett wird also nunmehr zu beschließen haben, ob es von diesem Rechte Gebrauch machen oder den Landtag automatisch, auf Grund der erwähnten Verfassungsvorschrift, am 5. Dezember zusammentreten lassen will. Der Landtag wird dann die Neuwahl des Ministerpräsidenten vorzunehmen haben, der die übrigen Minister zu ernennen und einen Minister als seinen Stellvertreter zu bestimmen hat.

In der bürgerlichen Presse kommt allgemein der Anmut über die Wahlschlüssigkeit, um nicht zu sagen Faulheit, der Wähler liebhaft zum Ausdruck. Eine Wahlbeteiligung von 100 Prozent wird nur vereinzelt in ganz kleinen Wahlbezirken zu erreichen sein; im Durchschnitt wird man sich auf 70 Prozent als Beteiligungsgrad, vereinzelt oder seit Abschluß der Wählerliste werden annehmen müssen. Nimmt man nun selbst eine Wahlbeteiligung von 80 Prozent an, so bleiben immer noch 15 Prozent, die der Wahlurne ohne zwingenden Grund ferngeblieben sind. Und diese 15 Prozent sind ganz bestimmt fast ausschließlich im bürgerlichen Lager zu suchen.

Aber selbst wenn der Prozentfuß der bürgerlichen Wahlurnen geringer sein sollte, als wir annehmen, wenn ein Teil der Dresdenberger im sozialistischen Lager zu suchen sein sollte, so ist und bleibt es auf alle Fälle eine tief bedauerliche Erscheinung. Gerade diejenigen, die aus Verbitterung oder Gleichgültigkeit konsequent der Wahlurne fernbleiben, pflegen hinterher, wenn das Wahlergebnis ihren Wünschen nicht entspricht, am meisten auf die Regierung und die von ihr angeblühenden verschuldeten Zustände zu schimpfen. Damit ist aber doch nichts erreicht. Gerade der, dem die heutigen Zustände nicht zusagen, hat die Pflicht, Hand mit anzulegen und mit wohl erwogenen Verbesserungsvorschlägen zu kommen. Tut er das nicht, so macht er sich selbst mitschuldig an den Verhältnissen, die er als unerträglich bezeichnet. Das sollten die Wahlurnenbesitzer aller Parteien endlich einsehen und bedenken lernen, daß schließlich jede Wahlergebnis den Landtag hat, dem sie sich widersetzen.

### Wie wird die Regierungsbildung?

Nachdem der Ausfall der Landtagswahlen bestätigt hat, daß sich in Sachsen die Anhänger der bürgerlichen Fraktionen und die der sozialistischen etwa die Waage halten, fragt es sich, ob die Sozialdemokraten wiederum den Versuch machen werden, die bürgerlichen Parteien und damit die auf bürgerlichem Boden stehende Wahlergebnis vollkommen von der Regierung auszuscheiden und, gestützt auf Kommunisten, sämtliche Ministerstellen einseitig mit Anhängern ihrer Partei zu besetzen. Dann wären tatsächlich all die Arbeit und die Kosten, die diese Landtagswahl verursacht haben, vergeblich gewesen, und die Sozialdemokratie hätte nichts aus der Erkenntnis gelernt, daß die Hälfte der Bevölkerung nach wie vor eine abweichende Auffassung vertritt. Wie verlautet, findet am Freitagabend eine sozialdemokratische Fraktionsversammlung statt, die die Frage der Regierungsbildung zum Gegenstand hat. Wenn der „Vordräng“ über den Ausgang der Wahlen in Sachsen schreibt, „es werde sich für die Sozialdemokratische Partei die Notwendigkeit von selbst ergeben, die Regierungsbildung zu übernehmen. Sie werde es tun müssen auf die Gefahr hin, daß kommunistischer Unverstand die gerade Linie sozialdemokratischer Politik aufs neue zu durchkreuzen juche“, so klingt dies nicht danach, als ob die Sozialdemokratie sich zu der Erkenntnis durchgerungen habe, daß sie versuchen muß, in Sachsen unter Berücksichtigung der bürgerlichen Interessen zu regieren und dies auch bei Bildung der Regierung zu berücksichtigen.

Es besteht für uns kein Zweifel, daß wieder eine sozialistisch-kommunistische Regierung ohnehin ausbrüder kommt, unter der das Bürgertum die rücksichtslose Ausbeutung seiner Interessen bestreiten muß. Die bisherige Regierung hat es in dieser Beziehung schon arg erlitten. Über die rote Klassenherrschaft muß allem Anschein nach viel schlimmer kommen, ehe sich das Bürgertum in Sachsen auf seine Pflicht bekennt.

### Reparationskommission und Reichsregierung.

Präzise Vorschläge gefordert.

Auf die am Sonntag übergebene Note der Reichsregierung an die Reparationskommission ist dem Reichskanzler eine Antwortnote übermittelt worden, die die Unterschriften sämtlicher Mitglieder trägt und, wie berichtet wird, auf einstimmigen Beschluß der Reparationskommission zurückzuführen ist. In ihrer Antwortnote erinnert die Reparationskommission die Reichsregierung an die Besprechungen, die Reichsfinanzminister Dr. Herms während seiner letzten Verhandlungen in Paris in bezug auf Maßnahmen der deutschen Regierung abgegeben hat, die zu einer Balanzierung des deutschen Budgets führen sollen. Die Reparationskommission ersucht die deutsche Regierung, diese Maßnahmen nunmehr durchzuführen.

Die Reparationskommission stellt in ihrer Antwortnote ferner fest, daß die Reichsregierung in ihren Schreiben keine Vorschläge gemacht habe, aus denen hervorgehe, welche Maßnahmen sie zu treffen gedenke, um eine Stabilisierung der Mark zu erreichen und die schwebende Schuld zu verringern. Die Antwortnote schließt mit dem Ersuchen an die deutsche Regierung, der Reparationskommission alsbald präzise Vorschläge in dieser Richtung mitzuteilen.

### Wahlschlüssigkeit neues Verhandlungen.

In der gestern vormittag abgehaltenen Kabinettsitzung wurde beschlossen, der Reparationskommission eine Antwortnote zu übermitteln, in der die ersten beiden Vorschläge im einzelnen weiter ausgeführt werden sollen. Diese Wahlschlüssigkeit ist dadurch geboten,

daß positive Anerbietungen aus den Kreisen der ausländischen Bankleute, die zurzeit als Teilnehmer an den Sachverständigenberatungen in Berlin weilen, vorliegen.

Um 12 Uhr trat die Konferenz der auswärtigen Sachverständigen zur Schlußfassung zusammen, um das Protokoll über ihre Beschlüsse in der endgültigen Fassung zu formulieren und es im Laufe des Nachmittags der Regierung zu überreichen.

### Neue Kriegsgefahr im Orient.

„Daily Chronicle“ schreibt, der Waffenstillstand von Mudania sei bereits ein toter Buchstabe. Es länden zahlreiche Verletzungen der neutralen Zone statt und es sei kaum möglich, den rasch zunehmenden Ernst der Lage im nahen Osten zu überstreifen. Durch den Staatsstreik in Konstantinopel hätten die Kemalisten die Verwaltung Konstantinopels übernommen, das unter allierter Kontrolle stehen solle.

Der aus Konstantinopel zurückgekehrte Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ fragt, ob Großbritannien unfähig oder nicht gewillt sei, die bedrohte nationale Ehre und das Leben seiner Untertanen in der Türkei zu verteidigen. Es dünne ihm, daß Blut fließen müsse um die Ehre Englands rein zu fassen.

Generalmajor Maurice schreibt in den „Daily News“, die militärische Lage der Kemalisten sei heute weit stärker als zur Zeit der Konferenz von Mudania, denn die türkischen Streitkräfte seien jetzt an der Grenze der neutralen Zone zusammengezogen und bereit, unverzüglich vorzudringen. Die Regierung Lloyd Georges habe laut verkündigt, daß sie all dies nicht gestatten werde und habe es doch zugelassen. Die Türken haben gelernt, daß die Erklärungen der britischen Regierung nicht respektiert zu werden brauchen. In Konstantinopel hätten sich 50 000 Christen in einem Zustand der Panik befunden. Die Erregung unter den Türken Stambul mache täglich. Die französische und die englische Regierung müßten ohne Rücksicht auf die Neuwahlen in England einen gemeinsamen Aktionsplan verabreden, der die Türkei überzeugen werde, daß sie zu weit gehe.

„Times“ schreiben: Es ist die Pflicht der britischen französischen und italienischen Regierung, die Kemalisten in Schach zu halten und Bedingungen zu gewährleisten, unter denen die Friedenskonferenz möglich ist.

### Die Friedensforderungen der Türkei.

Das Neuterbüro meldet aus Konstantinopel: Die Nationalversammlung von Angora hat Ismet Pascha angewiesen, auf der Basanner Konferenz folgende Punkte zu verlangen:

1. Die Grenzen der Türkei müssen mit dem nationalen Pakt übereinstimmen.
2. Griechenland muß eine Entschädigung bezahlen.
3. Die Kapitulationen müssen beseitigt werden.
4. Die Grenzen von Straß müssen neu geregelt werden.
5. Die Türkei muß vollständige Unabhängigkeit von finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Kontrolle erhalten.

### Pariser Sorgen.

Die Tatsache, daß Polnake gestern noch mit Hochkonferiert hat, deutet nach der in Paris vorherrschenden Auffassung darauf hin, daß mit der Möglichkeit eines bewaffneten Vorstoßes der Kemalisten in Richtung Konstantinopel und Thrazien gerechnet werden muß. Man erinnert daran, daß die verbündeten Streitkräfte laut Gutachten der Militär Sachverständigen ausreichen, um die Meerengen und die thrazische Küste gegen jeden Handstreich zu verteidigen. Die vom Quai d'Orsay inspirierten Zeitungen warnen vor einer pessimistischen Beurteilung der Lage, die „ernst, aber nicht tragisch“ zu nehmen sei, und treten der Ansicht entgegen, daß eine türkische Revolution nach den neuesten Vorgängen voll berechtigt erscheine. Die offiziellen Blätter bemerken demgegenüber, daß man gerade aus diesen Vorgängen ersahen könne, wie groß nach dem Fall von Smyrna die Gefahr war, die durch die unklare Haltung Frankreichs vergrößert wurde. Die oppositionellen Organe vertreten die Auffassung, daß die türkische Revolution die Regierung vollkommen paralysiert habe. Darleus „Echo National“ fordert offen den Rücktritt Poincaré.

### Kleine politische Meldungen.

Graf Brockdorff-Ruppin ist von dem Vorsitzenden des Zentralerhebungs-Komitees Kaimin bei der Übergabe seines Beglaubigungsscheins feierlich empfangen worden. Bei den Anreden wurde darauf hingewiesen, daß durch den Vertrag von Rapallo eine neue Ära zwischen den beiden besetzten Republiken eröffnet worden sei.

Die Ueberforderung der deutschen Industrie. Wie aus deutschen Bankkreisen verlautet, sind in den letzten Tagen von